

8 Ausländische Bevölkerung

Ausländische Staatsangehörige sind eine Teilgruppe der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (vgl. Kapitel 7.1). Die Datenquellen zur Gewinnung von Informationen über die ausländische Bevölkerung¹⁸³ in Deutschland sind – neben dem Mikrozensus – die Bevölkerungsfortschreibung und das AZR.

Basierend auf diesen Datenquellen umfasste zum Jahresende 2021 die ausländische Bevölkerung in Deutschland je nach Erhebungsmethode zwischen 10,6 Millionen (Mikrozensus) und 11,8 Millionen Personen (AZR). Die Angabe aus der Bevölkerungsfortschreibung liegt mit 10,9 Millionen dazwischen. Im Folgenden werden diese unterschiedlichen Angaben näher erörtert.

Unterschiede zwischen Mikrozensus und Ausländerzentralregister

Die Differenz zwischen der Zahl aus dem AZR (11,8 Millionen) und der im Mikrozensus 2021 ermittelten Zahl von 10,6 Millionen Ausländerinnen und Ausländern (vgl. Kapitel 7.1) ergibt sich zum einen daraus, dass im Mikrozensus nur die Bevölkerung in Privathaushalten ausgewiesen ist, während im AZR auch in Gemeinschaftsunterkünften¹⁸⁴ wohnhafte Menschen registriert sind. Zum anderen sind im AZR die Korrekturen durch den Zensus nicht (2011 bzw. demnächst 2022) berücksichtigt, die aber ihren Niederschlag in der Bevölkerungsfortschreibung und der darauf bezogenen Hochrechnung des Mikrozensus finden.¹⁸⁵

Unterschiede zwischen Bevölkerungsfortschreibung und Ausländerzentralregister

Die Bevölkerungsfortschreibung liefert zur ausländischen Bevölkerung demografische Angaben (Staatsangehörigkeit, Geschlecht, Alter und Familienstand). Das AZR stellt neben diesen Größen zusätzlich Angaben zum Aufenthaltsstatus und zur Aufenthaltsdauer bereit. Die Bestandszahlen der ausländischen Bevölkerung aus beiden Quellen weichen jedoch infolge unterschiedlicher inhaltlicher Abgrenzungen, Berichtswege und Erfassungsverfahren voneinander ab.

Die Erfassung im AZR richtet sich nach ausländerrechtlichen Bestimmungen. Ausländische Staatsangehörige¹⁸⁶ werden im Zuge der kommunalen melderechtlichen Registrierung erfasst, d. h. nur dann, wenn sie sich nicht nur vorübergehend, d. h. in der Regel länger als 3 Monate, in Deutschland aufhalten oder einen Aufenthaltstitel beantragt haben (§ 2 Abs. 1 AZRG). Hierzu liefern die einzelnen lokalen Ausländerbehörden die entsprechenden Personenstandsdaten an das AZR. Ein unmittelbarer Vergleich der Ergebnisse mit der laufenden Bevölkerungsfortschreibung ist damit auch wegen der unterschiedlichen Zeitkriterien nicht möglich.

Das AZR ermöglicht eine weitergehende Differenzierung der ausländischen Bevölkerung als die Bevölkerungsfortschreibung und der Mikrozensus. Deshalb werden im Folgenden überwiegend AZR-Daten verwendet. Beim Vergleich mit der deutschen bzw. der Gesamtbevölkerung werden hingegen die Daten der Bevölkerungsfortschreibung herangezogen (siehe auch Tabellen 8-5 und Tabelle 8-7 im Anhang).

Entwicklung der ausländischen Bevölkerung insgesamt

Seit den 1990er-Jahren lag die Zahl der Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit viele Jahre zwischen 7 und 8 Millionen (vgl. Abbildung 8-1). Durch die hohe Migration in den letzten Jahren stieg die Zahl der ausländischen Staatsangehörigen in Deutschland auf Basis der Bevölkerungsfortschreibung auf rund 10,9 Millionen

¹⁸³ Grundlage der Ausländerbestandsstatistik ist der rechtliche Begriff von ausländischen Staatsangehörigen (siehe dazu Kapitel 1). Als Ausländerin bzw. Ausländer gelten alle Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Dazu zählen auch staatenlose Personen.

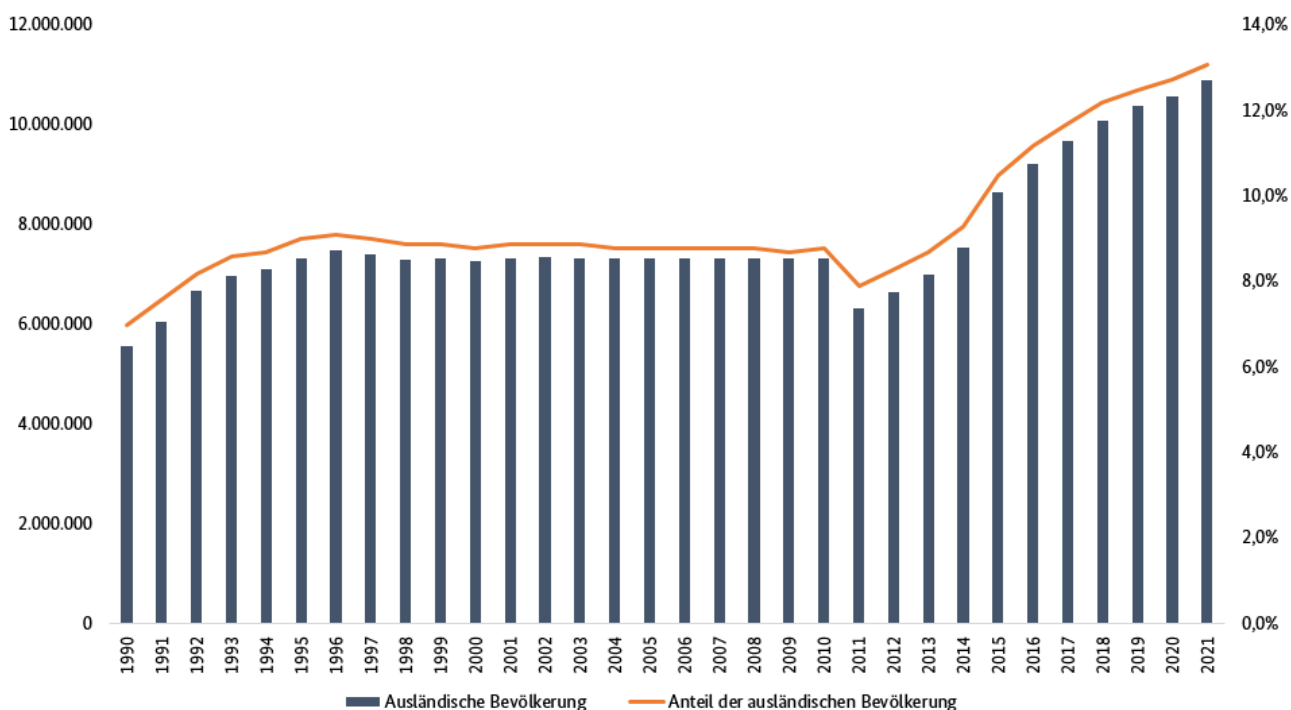
¹⁸⁴ Zu Gemeinschaftsunterkünften zählen beispielsweise Krankenhäuser, Behindertenwohnheime, Alten- und Pflegeheime, Flüchtlingsunterkünfte, geschlossene Heime, Klöster und Gefängnisse. Vgl. zur Struktur und zur Erfassung dieser Bevölkerungsgruppe im Mikrozensus Schanze (2019).

¹⁸⁵ Vgl. die Pressemitteilung Nr. 314 des Statistischen Bundesamtes vom 21. August 2019.

¹⁸⁶ Deutsche Staatsangehörige, die zusätzlich eine oder mehrere weitere ausländische Staatsangehörigkeiten besitzen, gehen nicht ins AZR ein.

Personen (Stand: 31. Dezember 2021, vgl. Tabelle 8-4 im Anhang). Dies entspricht einem Anteil von 13,1 % an der Gesamtbevölkerung, damit erreicht der Anteil an ausländischen Staatsangehörigen den höchsten Wert im Betrachtungszeitraum seit 1990. Tabelle 8-5 im Anhang gibt einen Überblick über die Verteilung der ausländischen Bevölkerung nach Bundesländern.

Abbildung 8-1: Ausländische Bevölkerung in Deutschland seit 1990 nach der Bevölkerungsfortschreibung¹



1) Ab Berichtsjahr 2011 Ergebnis auf Grundlage des Zensus 2011. Die Bevölkerungsentwicklung 2016 und 2017 ist aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Ausführliche Erläuterungen dazu finden sich auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes zum Bevölkerungsstand.

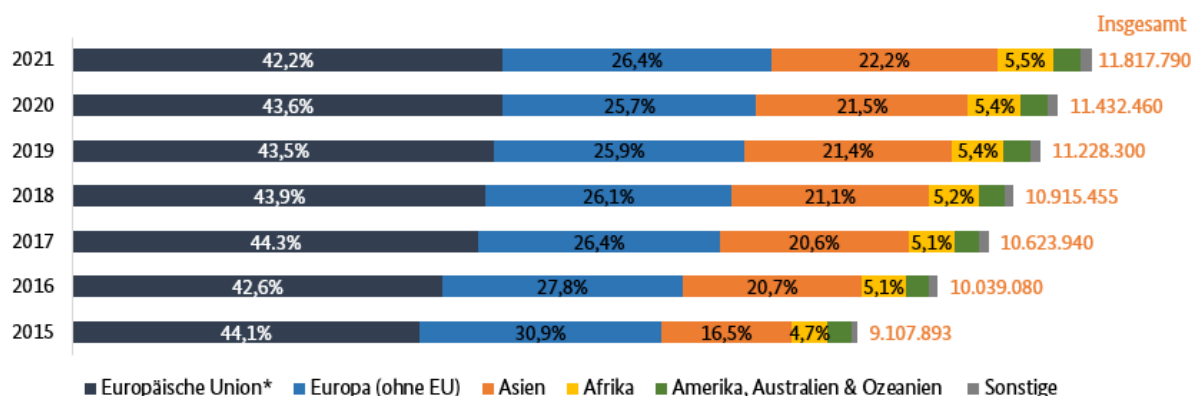
Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung

8.1 Ausländische Bevölkerung nach Staatsangehörigkeiten

Ausgehend vom AZR lebten Ende 2021 11.817.790 ausländische Staatsangehörige in Deutschland. Im Vergleich zu 2020 (11.432.460) hat sich die ausländische Bevölkerung damit nur geringfügig verändert (+3,4 %). Stärkere Veränderungen lassen sich über einen größeren Zeitraum zwischen 2015 bis 2021 beobachten, in diesem Zeitraum ist die ausländische Bevölkerung um 29,8 % gewachsen (vgl. Abbildung 8-2). Diese Entwicklung geht wesentlich auf das Migrationsgeschehen der Jahre 2015 und 2016 zurück, welche durch hohe Zuwanderungen im Kontext der Fluchtzuwanderung gekennzeichnet waren.

Von den 11,8 Millionen Ausländerinnen und Ausländern besitzt 42,2 % die Staatsangehörigkeit eines EU-Staates oder eines weiteren europäischen Staates außerhalb der EU (26,4 %). Der Rückgang des Anteils der EU-Staatsangehörigen an der ausländischen Gesamtbevölkerung (2020: 43,6 %) ist auf den Brexit zurückzuführen, da im Jahr 2020 das Vereinigte Königreich noch zu den EU-Staaten gezählt wurde. Als Nächstes folgen Personen mit einer asiatischen Staatsangehörigkeit (22,2 %). Den geringsten Anteil an der ausländischen Bevölkerung weisen bei der Betrachtung nach Kontinenten Staatsangehörige aus Afrika (5,5 %) bzw. Amerika, Australien und Ozeanien und Sonstige (3,8 %) auf (vgl. Abbildung 8-2).

Abbildung 8-2: Ausländische Bevölkerung nach Herkunftsregionen seit 2015



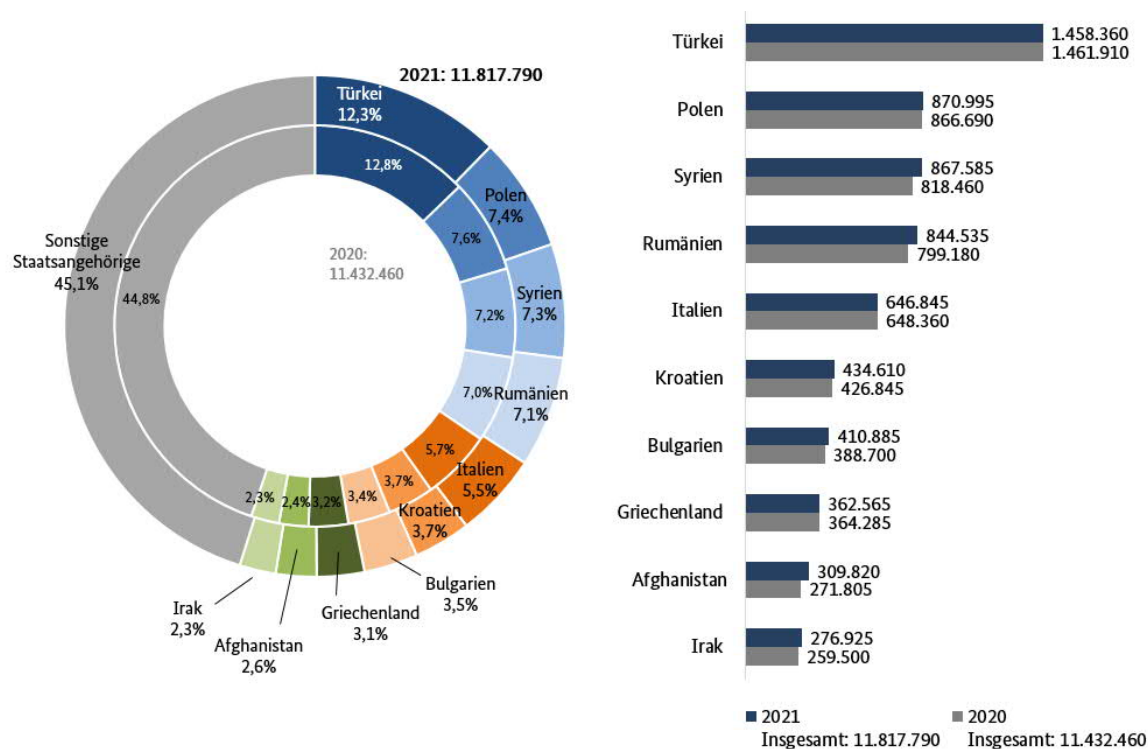
Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

*) Bis 2020 gilt der Stand EU-28. Ab dem Berichtsjahr 2021, also nach dem Ende der Übergangsphase, wird das Vereinigte Königreich einheitlich in der Kategorie „Sonstiges Europa“ als Drittstaat geführt. Ab 2020 setzt sich die EU aus 27 Mitgliedstaaten zusammen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausländerzentralregister

Die Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung nach einzelnen Staatsangehörigkeiten hat sich zwischen 2020 und 2021 kaum verändert. Die größte Personengruppe stellten türkische Staatsangehörige mit rund 1,46 Millionen Personen (12,3 %). Ihr Anzahl sank damit im Vergleich zum Vorjahr um 3.550 Personen.¹⁸⁷ Bereits in den Vorjahren war jeweils ein Rückgang der türkischen Staatsangehörigen zu verzeichnen (vgl. Abbildung 8-3 und Tabelle 8-6 im Anhang). Unter den EU-Staatsangehörigen entfallen besonders hohe Anteile auf polnische (7,4 %), rumänische (7,1 %) und italienische Staatsangehörige (5,5 %).

Abbildung 8-3: Ausländische Bevölkerung nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten in den Jahren 2020 und 2021



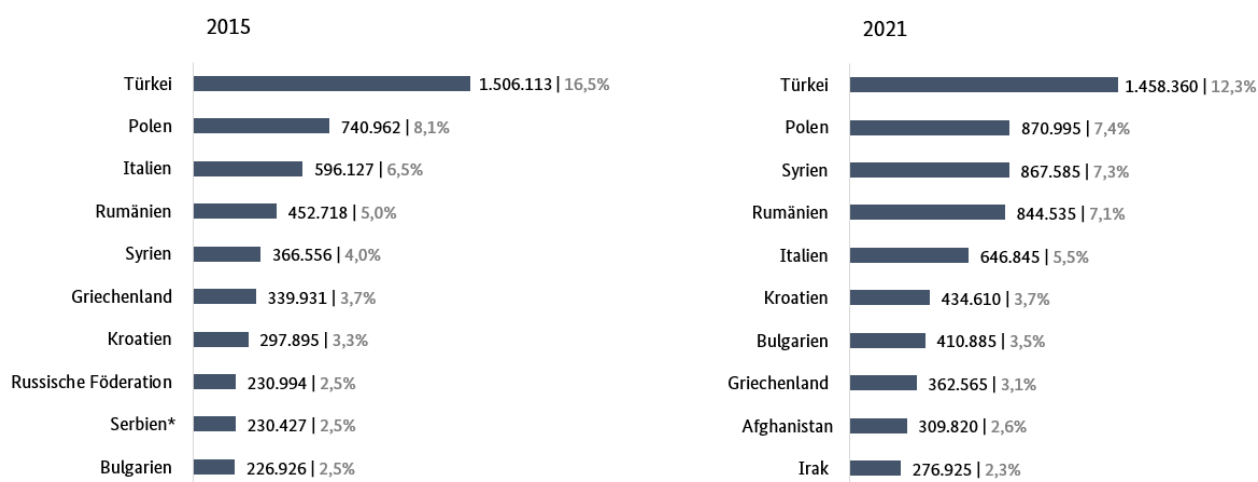
Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausländerzentralregister

¹⁸⁷ Der Rückgang bei türkischen Staatsangehörigen in den letzten Jahren ist unter anderem auf weniger Zuwanderung aus der Türkei sowie auf Einbürgerungen und ius-soli-Deutsche zurückzuführen (vgl. Worbs 2008).

Die Zahl der Staatsangehörigen aus den mittel- und osteuropäischen EU-Staaten steigt seit 2004, dem Jahr des EU-Beitritts der ersten dieser Staaten, kontinuierlich an. Nach dem EU-Beitritt von Bulgarien und Rumänien am 1. Januar 2007 lässt sich ebenfalls ein deutlicher Anstieg der Zahl der Staatsangehörigen aus diesen Ländern feststellen. Die Zahl der rumänischen Staatsangehörigen in Deutschland ist seit 2004 von rund 73.400 auf rund 845.000 Personen gewachsen. Die Zahl der bulgarischen Staatsangehörigen erhöhte sich im gleichen Zeitraum von rund 39.000 auf etwa 411.000 Personen. Der Anstieg bei rumänischen und bulgarischen Staatsangehörigen liegt insbesondere in dem seit 2007 stark angewachsenen Wanderungsüberschuss aus diesen Staaten begründet.

Relativ neu sind hingegen die gestiegenen Anteile von syrischen (7,3 %), afghanischen (2,6 %) und irakischen Staatsangehörigen (2,3 %).¹⁸⁸ Diese Entwicklung hängt größtenteils mit der humanitären Zuwanderung in den letzten Jahren zusammen. Die Anzahl der syrischen Staatsangehörigen ist allein zwischen 2015 bis 2021 von 366.556 auf 867.585 gewachsen (+136,7 %). Im selben Zeitraum ist die Anzahl von afghanischen Staatsangehörigen um +135,7 % und von irakischen Staatsangehörigen um +103,0 % gestiegen.

Abbildung 8-4: Ausländische Bevölkerung nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten in den Jahren 2015 und 2021 (absolut und in Prozent)



*) Mit und ohne Kosovo.

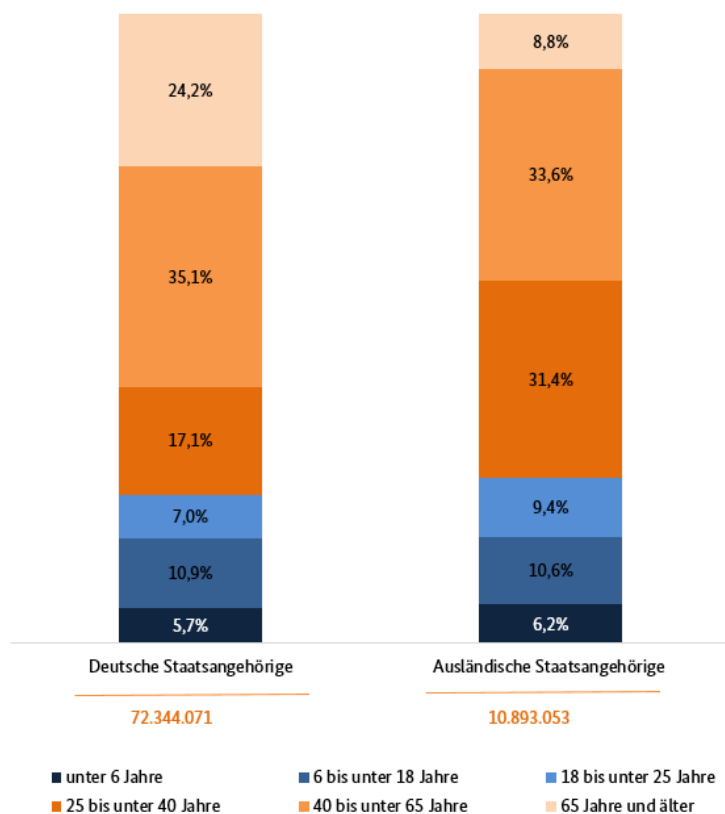
Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausländerzentralregister

8.1.1 Alters- und Geschlechtsstruktur

Bei einem Vergleich der Altersstruktur der deutschen und der ausländischen Bevölkerung zeigt sich, dass letztere deutlich jünger ist. So waren 57,6 % der ausländischen Bevölkerung im Jahr 2021 jünger als 40 Jahre, während dies nur auf 40,7 % der deutschen Bevölkerung zutraf (vgl. Abbildung 8-5 und Tabelle 8-7 im Anhang). In den höheren Altersstufen zeigt sich das umgekehrte Bild: 24,2 % der Deutschen sind 65 Jahre und älter, in der ausländischen Bevölkerung macht diese Altersgruppe nur einen Anteil von 8,8 % aus.

¹⁸⁸ Syrische Staatsangehörige hielten sich dabei am Jahresende 2021 durchschnittlich erst seit 5,4 Jahren in Deutschland auf, afghanische 6,3 Jahre und irakische seit 6,8 Jahren (vgl. hierzu ausführlich Kapitel 8.1.2).

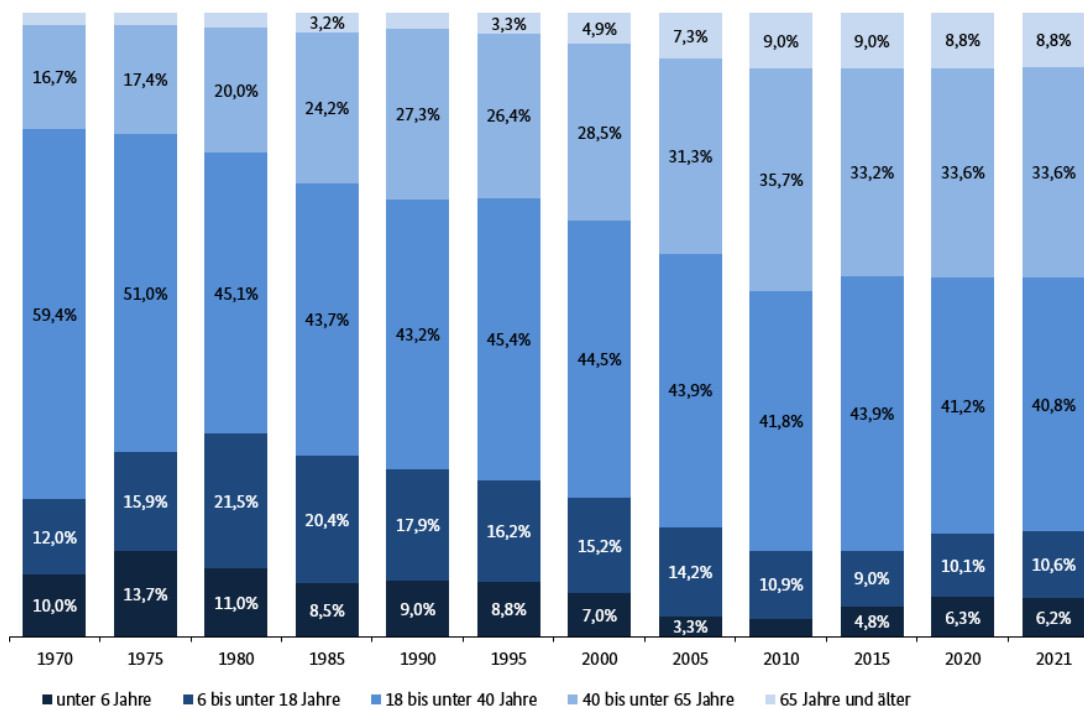
Abbildung 8-5: Altersstruktur der deutschen und ausländischen Bevölkerung am 31. Dezember 2021



Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung

Abbildung 8-6: Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung seit 1970



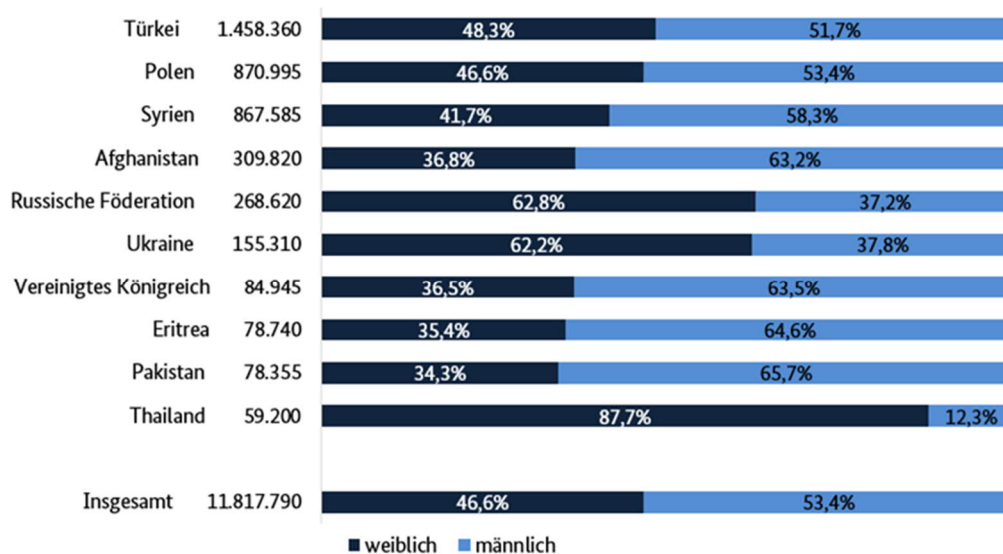
Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

Ab 2011 Ergebnisse auf der Grundlage des Zensus 2011, Berichtsjahr 2010 auf Basis rückgerechneter Ergebnisse des Zensus 2011, Ergebnisse von 1970 bis 2009 auf Grundlage früherer Zählungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung

Betrachtet man die Entwicklung der Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung über einen langen Zeitraum, so ist festzustellen, dass auch sie von demografischer Alterung gekennzeichnet ist (vgl. Abbildung 8-6). So lag der Anteil der unter 40-Jährigen Anfang der 1970er Jahre noch bei über 80 %, während der Anteil der Personen im Rentenalter unter 2 % betrug. Während die Gruppe der unter 40-Jährigen bis 2021 auf unter 60 % geschrumpft ist, ist die Gruppe der über 65-Jährigen auf fast 9 % gewachsen. Insgesamt ist die ausländische Bevölkerung jedoch noch deutlich jünger als die deutsche Bevölkerung. Nach Angaben des AZR sind insgesamt 1,57 Millionen Ausländerinnen und Ausländer bereits in Deutschland geboren, dies entspricht einem Anteil von 13,2 % an der gesamten ausländischen Bevölkerung am Jahresende 2021.

Abbildung 8-7: Geschlechtsstruktur der ausländischen Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten am 31. Dezember 2021¹



1) Abweichungen zu den zuvor berichteten Gesamtsummen pro Staatsangehörigkeit sind durch die vom Statistischen Bundesamt angewandte Fünfferrundung bedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausländerzentralregister

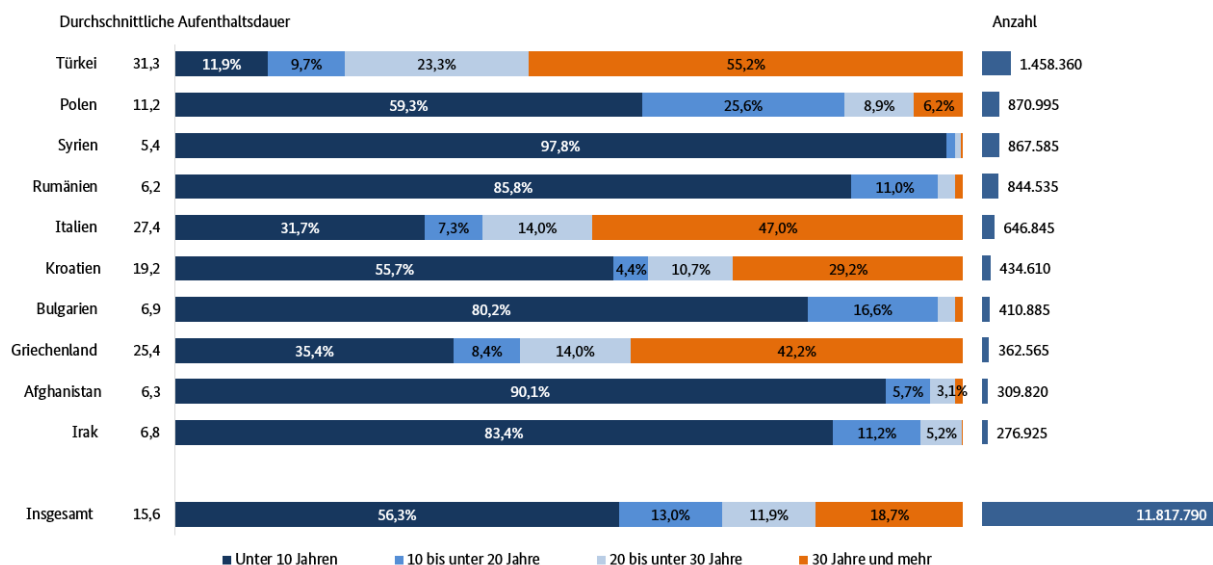
In der ausländischen Bevölkerung war Ende 2021 der Anteil der männlichen Personen mit 53,4 % etwas höher als der Anteil der weiblichen Personen. Entgegen diesem allgemeinen Befund ist der Anteil der weiblichen Personen bei Staatsangehörigen aus Thailand (87,7%), der Russischen Föderation (62,8 %) und der Ukraine (62,2 %) sehr viel höher. Besonders hohe männliche Anteile sind beispielsweise bei Staatsangehörigen aus Pakistan (65,7 %), Eritrea (64,6 %), dem Vereinigten Königreich (63,5 %) und Afghanistan (63,2 %) zu verzeichnen (vgl. Abbildung 8-77 und Tabelle 8-8 im Anhang).

8.1.2 Aufenthaltsdauer und Aufenthaltsstatus

Aufenthaltsdauer

Ende 2021 lebten 43,7 % der ausländischen Bevölkerung seit mindestens 10 Jahren in Deutschland, fast ein Drittel (30,6 %) seit mindestens 20 Jahren und 18,7 % sogar seit 30 Jahren und länger (vgl. Abbildung 8-8 und Tabelle 8-9 im Anhang).

Abbildung 8-8: Aufenthaltsdauer der ausländischen Bevölkerung nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten am 31. Dezember 2021



Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausländerzentralregister

Unter den nach ausländischer Staatsangehörigkeit größten Gruppen sind einige durch eine deutlich längere Migrationsgeschichte nach Deutschland gekennzeichnet. Dies spiegelt sich auch in der Aufenthaltsdauer wider. Insbesondere Staatsangehörige aus den ehemaligen Anwerbeländern weisen eine viel höhere Aufenthaltsdauer auf: 78,5 % der türkischen, 61,0 % der italienischen und 56,2 % der griechischen Staatsangehörigen leben seit mindestens 20 Jahren in Deutschland. Personengruppen mit einer Fluchtgeschichte halten sich hingegen vergleichsweise kurz in Deutschland auf. Unter den syrischen Staatsangehörigen leben 97,8 % weniger als 10 Jahre in Deutschland, bei den afghanischen Staatsangehörigen beträgt dieser Anteil 90,1 %. 80,2 % der Personen aus Bulgarien sowie 85,8 % derer aus Rumänien, die seit 1. Januar 2007 Mitgliedstaaten der EU sind, leben ebenfalls weniger als 10 Jahre in Deutschland.

Die unterschiedlichen Zuwanderungsgeschichten werden auch deutlich, wenn man die durchschnittliche Aufenthaltsdauer betrachtet. Ende 2021 lebten ausländische Staatsangehörige im Schnitt 15,6 Jahre in Deutschland (vgl. Abbildung 8-8 und Tabelle 8-9 im Anhang). Deutlich über diesem Wert liegt die durchschnittliche Aufenthaltsdauer bei Staatsangehörigen aus der Türkei (31,3 Jahre), Österreich (29,7 Jahre), Italien (27,4 Jahre) und Griechenland (25,4 Jahre). Eine bislang niedrige durchschnittliche Aufenthaltsdauer ist bei Staatsangehörigen aus den mittel- und osteuropäischen Staaten zu verzeichnen (Albanien: 5,4 Jahre, Rumänien: 6,2 Jahre, Bulgarien: 6,9 Jahre, Ungarn: 9,3 Jahre, Polen: 11,2 Jahre). Am kürzesten halten sich im Schnitt Personen aus Syrien (5,4 Jahre), Afghanistan (6,3 Jahre), dem Irak (6,8 Jahre) und Eritrea (6,3 Jahre) in Deutschland auf. Auch Staatsangehörige aus China (9,1 Jahre) und Indien (6,1 Jahre) weisen eine noch vergleichsweise niedrige durchschnittliche Aufenthaltsdauer auf. Diese Herkunftsländer sind für die aktuelle Bildungs- und Erwerbsmigration nach Deutschland bedeutsam (vgl. Kapitel 3.2 und 3.3).

Aufenthaltsstatus

Unter den rund 11,8 Millionen ausländischen Staatsangehörigen besaßen Ende 2021 rund 6,83 Millionen Personen nicht die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates¹⁸⁹ (57,8 %). Bei der Betrachtung der ausländischen Bevölkerung nach dem Aufenthaltsstatus¹⁹⁰ zeigt sich, dass 65,8 % bzw. 7,8 Millionen ein unbefristetes Aufenthaltsrecht aufwiesen (2020: 67,0 % bzw. 7,7 Millionen Personen) (vgl. Tabelle 8-1).¹⁹¹ Mehr als ein Fünftel der ausländischen Staatsangehörigen waren im Besitz eines befristeten Aufenthaltstitels (22,4 %, rund 2,65 Millionen Personen, 2020: 22,6 %, rund 2,6 Millionen Personen).

Betrachtet man nur die Drittstaatsangehörigen, so besaßen 40,7 % der in Deutschland lebenden Drittstaatsangehörigen (rund 2,8 Millionen Personen) zum Jahresende 2021 ein unbefristetes Aufenthaltsrecht (2020¹⁹²: 41,6 %, 2,7 Millionen Personen). Zwei Fünftel der Drittstaatsangehörigen waren im Besitz eines befristeten Aufenthaltstitels (38,8 % bzw. 2,6 Millionen Personen, 2020: 40,1 % bzw. 2,6 Millionen Personen). 241.095 bzw. 3,5 % aller ausländischen Drittstaatsangehörigen, die sich in Deutschland aufhalten, besaßen eine Duldung (2020: 234.935 bzw. 3,6 %)¹⁹³, 3,4 % bzw. 229.800 Drittstaatsangehörige (2020: 212.540 bzw. 3,3 %) eine Aufenthaltsgestattung zur Durchführung von Asylverfahren. Weitere 445.685 Drittstaatsangehörige (6,5 %), die im AZR registriert sind, hatten weder einen Aufenthaltstitel noch eine Aufenthaltsgestattung bzw. Duldung inne (2020: 332.405 Personen bzw. 5,0 %).¹⁹⁴

Ursächlich für den starken Anstieg dieser zuletzt genannten Gruppe gegenüber 2020 sind vier wesentliche Entwicklungen: Erstens werden seit 2021 Personen in Deutschland als aufhältig gewertet, die im Grenzgebiet ohne gültigen Aufenthaltstitel registriert wurden. Zweitens gab es Verzögerungen bei der Erteilung von neuen Aufenthaltstiteln bei Staatsangehörigen aus dem Vereinigten Königreich, die seit dem Brexit nicht mehr zu den Personen mit EU-Freizügigkeitsberechtigung zählen. Drittens wurden ab August 2021 viele afghanische Ortskräfte und ihre Familienangehörigen aufgenommen, die zum Jahresende noch keinen Eintrag zum aufenthaltsrechtlichen Status hatten. Viertens beschränkte die COVID-19-Pandemie auch im Jahr 2021 die behördlichen Ressourcen, u. a. da pandemiebedingt personelle Ressourcen von Ausländer- in Gesundheitsbehörden umverteilt worden sind. Durch die zeitweise für den Publikumsverkehr geschlossenen Ausländerbehörden konnten keine Erteilungen bzw. Verlängerungen von Aufenthaltstiteln vorgenommen werden. Dies spiegelt sich ebenfalls in der erhöhten Anzahl der Personen wider, die zum Stichtag 31. Dezember 2021 noch keinen Aufenthaltstitel hatten.¹⁹⁵

¹⁸⁹ Ohne das Vereinigte Königreich.

¹⁹⁰ Zum rechtlichen Rahmen der einzelnen Aufenthaltstitel vgl. BMI/BAMF 2013: 169f.

¹⁹¹ Hierzu zählen beispielsweise EU-Staatsangehörige sowie Drittstaatsangehörige mit einer Niederlassungserlaubnis.

¹⁹² Die Vergleichswerte für 2020 enthalten noch nicht das Vereinigte Königreich. Ab 2021 zählen dessen Staatsangehörige zur Gruppe der Drittstaatsangehörigen.

¹⁹³ Unter den ausländischen Staatsangehörigen mit einer Duldung lebten zum 31. Dezember 2021 46.467 mit einer Aufenthaltsdauer von mehr als 6 Jahren in Deutschland. Vgl. Deutscher Bundestag 2022d: 28.

¹⁹⁴ Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich ein Teil dieser Personen nicht mehr in Deutschland aufhält. Wenn keine Abmeldung seitens der Personen oder der Meldebehörden erfolgt, ist eine Registrierung im AZR weiterhin gegeben.

¹⁹⁵ Vgl. hierzu auch den Qualitätsbericht des Statistischen Bundesamts (Statistisches Bundesamt 2022a: 8f.).

Tabelle 8-1: Aufenthaltsrechtlicher Status der ausländischen Bevölkerung aus Drittstaaten nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten am 31. Dezember 2021

Staatsangehörigkeit	Insgesamt	kein Aufenthaltstitel nach nationalem Recht erforderlich		Aufenthaltstitel nach nationalem Recht erforderlich													
		mit EU-Freizügigkeit	vom Erfordernis auf einen Aufenthaltstitel befreit, heimatlose Ausländerinnen und Ausländer	mit Aufenthaltstitel									Antrag auf Aufenthaltstitel gestellt	ohne Aufenthaltstitel			
				insgesamt	zeitlich unbefristet	zeitlich befristet	darunter					Insgesamt		Duldung	Aufenthalts-gestattung	ohne Duldung oder Gestat-tung	
							zum Zweck der Ausbildung	zum Zweck der Erwerbstätigkeit	völker-rechtliche, humanitäre, politische Gründe	familiäre Gründe	besondere Aufent-haltsrechte						
Türkei	1.458.360	6.960	2.890	1.356.110	1.163.770	192.340	7.315	10.685	28.580	112.995	32.765	35.595	56.810	7.775	15.045	33.990	
Syrien	867.585	425	20	704.985	68.015	636.975	2.075	2.215	535.275	93.640	3.770	84.290	77.865	5.415	41.210	31.240	
Afghanistan	309.820	390	10	192.310	19.235	173.075	455	2.055	154.690	14.860	1.010	25.550	91.565	25.750	42.795	23.020	
Irak	276.925	530	5	177.500	32.105	145.400	480	695	119.515	22.920	1.795	20.635	78.250	29.615	30.185	18.455	
Russische Föderation	268.620	4.205	85	214.175	141.315	72.860	6.720	9.425	14.040	38.675	4.000	11.735	38.420	13.505	9.035	15.880	
Kosovo	262.005	4.250	20	218.055	107.940	110.120	1.650	19.550	13.820	67.925	7.170	22.920	16.760	5.580	305	10.880	
Serbien	252.335	13.560	160	189.895	119.775	70.120	1.415	17.420	15.120	33.460	2.705	21.650	27.075	8.885	870	17.320	
Bosnien und Herzegowina	222.065	8.975	35	183.465	111.825	71.635	2.220	26.345	4.850	34.105	4.120	14.150	15.445	2.630	570	12.245	
Indien	171.895	3.000	70	129.670	29.905	99.760	22.950	33.920	1.055	37.475	4.360	18.770	20.385	4.720	440	15.225	
Ukraine	155.310	6.170	35	122.130	80.830	41.305	5.025	7.830	4.095	22.240	2.110	7.415	19.560	2.470	1.235	15.860	
China	146.450	1.645	40	115.990	41.830	74.160	33.790	16.665	2.085	19.385	2.240	15.950	12.820	1.570	355	10.900	
Nordmazedonien	132.435	15.125	25	88.260	47.230	41.030	440	13.490	5.185	18.930	2.990	10.780	18.245	4.760	2.060	11.425	
Iran	129.105	430	15	85.225	23.115	62.110	6.580	6.275	34.325	13.180	1.755	10.460	32.980	9.375	14.950	8.655	
Vereinigte Staaten	119.255	2.925	2.160	97.660	51.610	46.050	7.325	16.505	225	16.705	5.295	7.890	8.620	115	25	8.480	
Vietnam	110.515	780	15	90.625	47.660	42.965	9.620	3.495	2.865	23.110	3.880	7.365	11.725	1.945	390	9.390	
Albanien	90.360	7.175	5	52.015	7.305	44.705	2.890	13.825	6.055	17.585	4.345	8.665	22.495	4.975	1.300	16.220	
Marokko	85.805	6.600	195	58.680	30.210	28.470	6.185	1.895	1.440	15.710	3.240	7.790	12.540	2.700	965	8.875	
Vereinigtes Königreich	84.945	43.820	990	7.130	4.300	2.835	250	920	25	580	1.060	3.285	29.710	20	5	29.685	
Eritrea	78.740	20	.	64.480	7.200	57.280	55	20	53.215	3.855	130	6.365	7.875	1.535	2.565	3.775	
Pakistan	78.355	2.390	20	50.035	12.855	37.180	4.520	3.640	8.135	17.025	3.860	7.080	18.825	8.145	4.460	6.220	

Nigeria	77.785	1.230	10	36.350	6.300	30.055	2.550	1.530	12.255	12.455	1.265	7.100	33.090	15.380	10.825	6.885
Thailand	59.200	1.095	15	53.765	39.910	13.855	1.085	940	135	10.200	1.495	2.260	2.060	85	15	1.960
Somalia	51.570	35	.	33.585	2.915	30.670	10	30	26.870	3.480	280	4.045	13.905	4.325	5.925	3.655
Brasilien	50.975	5.010	35	37.735	14.840	22.895	4.575	6.010	165	11.075	1.070	4.430	3.765	110	50	3.600
Kasachstan	47.560	320	15	41.705	27.590	14.115	1.045	700	520	10.335	1.515	2.390	3.135	300	130	2.705
Libanon	42.280	470	10	27.180	9.330	17.850	925	895	5.995	9.345	690	3.860	10.755	6.750	1.665	2.340
Tunesien	42.095	1.180	90	30.770	12.555	18.215	5.620	2.790	510	8.325	975	4.825	5.230	1.030	630	3.570
Ghana	42.070	1.235	10	28.040	10.475	17.565	1.100	570	3.125	11.330	1.440	4.480	8.310	3.710	530	4.070
Schweiz	41.690	41.690
Ägypten	40.715	680	5	28.785	7.740	21.045	4.165	3.720	2.765	9.600	790	4.360	6.890	1.920	1.155	3.815
Republik Korea	36.720	250	20	30.255	10.930	19.330	6.080	5.210	55	7.345	635	4.080	2.110	20	5	2.085
Drittstaaten insgesamt	6.832.300	226.290	9.450	5.208.495	2.560.320	2.648.175	210.610	295.375	1.165.840	852.915	123.435	471.480	916.585	241.095	229.800	445.685

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausländerzentralregister

Mit Blick auf den Aufenthaltsstatus nach Staatsangehörigkeiten zeigt sich, dass Ende 2021 80,5 % der türkischen Staatsangehörigen ein unbefristetes Aufenthaltsrecht hatten. Ein hoher Anteil an Personen mit einem unbefristeten Aufenthaltsrecht ist auch bei ukrainischen Staatsangehörigen festzustellen (56,0 %). Bei Staatsangehörigen aus Bosnien und Herzegowina lag dieser Anteil bei 54,4 %. Dagegen haben Staatsangehörige aus Afghanistan (6,3 %), Syrien (7,9 %) und dem Irak (11,8 %) vergleichsweise selten ein unbefristetes Aufenthaltsrecht inne. Ein hoher Anteil der eritreischen (67,6 %), syrischen (61,7 %) und afghanischen (49,9 %) Staatsangehörigen besitzt eine befristete Aufenthaltserlaubnis aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen. 50,6 % der chinesischen und 58,0 % der indischen Staatsangehörigen hatten eine befristete Aufenthaltserlaubnis, überwiegend zum Zweck der Ausbildung und Erwerbstätigkeit (vgl. Tabelle 8-1).

8.2 Geburten

Die Entwicklung der ausländischen Bevölkerung wird von verschiedenen demografischen Faktoren beeinflusst. Neben den Zu- und Abwanderungen bedingen auch die Geburtenentwicklung und die Sterblichkeit Struktur und Umfang dieser Personengesamtheit.

Ein Kind ausländischer Eltern erwirbt neben deren Staatsangehörigkeit(en) nach deren jeweiligem nationalen Recht die deutsche Staatsangehörigkeit mit Geburt in Deutschland (sogenannte *ius soli*), sofern ein Elternteil seit mindestens 8 Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt (§ 4 Abs. 3 StAG).¹⁹⁶ Soweit diese Kinder nicht im Inland aufgewachsen sind, durch Geburt eine andere ausländische Staatsangehörigkeit als die eines EU-Mitgliedstaates oder der Schweiz besitzen und innerhalb eines Jahres nach Vollendung des 21. Lebensjahres einen Hinweis der örtlich zuständigen Staatsangehörigkeitsbehörde erhalten, dass sie sich für eine Staatsangehörigkeit zu entscheiden haben, müssen sie innerhalb von 2 Jahren nach Zustellung dieses Hinweises erklären, ob sie die deutsche oder die ausländische Staatsangehörigkeit behalten wollen (Optionspflicht, § 29 Abs. 1 StAG).¹⁹⁷ Im Inland aufgewachsen sind sie, wenn sie sich bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres 8 Jahre gewöhnlich in Deutschland aufgehalten oder 6 Jahre eine Schule besucht haben oder hier einen Schulabschluss erworben oder eine Berufsausbildung abgeschlossen haben oder im Einzelfall einen vergleichbar engen Bezug zu Deutschland haben und für sie die Optionspflicht nach den Umständen des Falles eine besondere Härte bedeuten würde (§ 29 Abs. 1a StAG).

Erklären von der Optionspflicht betroffene Personen, dass sie die ausländische Staatsangehörigkeit behalten wollen, verlieren sie die deutsche Staatsangehörigkeit (§ 29 Abs. 2 StAG). Entscheiden sie sich für die deutsche Staatsangehörigkeit, müssen sie nachweisen, dass sie die ausländische Staatsangehörigkeit aufgegeben oder verloren haben (§ 29 Abs. 3 StAG). Tritt der Verlust der ausländischen Staatsangehörigkeit nicht innerhalb von 2 Jahren nach Zustellung des Hinweises über die Erklärungspflicht ein, geht die deutsche Staatsangehörigkeit verloren, es sei denn, die zuständige Behörde hat vorher auf Antrag des Erklärungspflichtigen oder von Amts wegen die Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit genehmigt (Beibehaltungsgenehmigung). Auch in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern, die durch Einbürgerung nach § 40b StAG¹⁹⁸ unter den Voraussetzungen des § 4 Abs. 3 StAG (*ius soli*) die deutsche Staatsangehörigkeit durch Antrag im Jahr 2000 erworben haben, sind vom sogenannten Optionsverfahren nach § 29 StAG betroffen.

¹⁹⁶ Die Regelung gilt seit der Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes zum 1. Januar 2000. Vgl. zum Reformprozess im Detail BMI/BAMF 2013: 173. Gleiches gilt für Staatsangehörige der Schweiz oder deren Familienangehörige, die eine Aufenthaltserlaubnis aufgrund des Abkommens vom 21. Juni 1999 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizer andererseits über die Freizügigkeit besitzen.

¹⁹⁷ § 29 StAG in der Fassung des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 13. November 2014 (BGBl. 2014 Teil I Nr. 52: 1714), in Kraft seit 20. Dezember 2014.

¹⁹⁸ Gemäß § 40b StAG konnte vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2000 für ausländische Kinder, die sich rechtmäßig in Deutschland aufgehalten und das 10. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten und bei deren Geburt die Voraussetzungen des § 4 Abs. 3 StAG vorlagen, von den Eltern ein Einbürgerungsantrag gestellt werden. Die ursprüngliche, von den Eltern weitergegebene Staatsangehörigkeit konnte beibehalten werden. Die betroffenen

Datenquelle zu „Geburten ausländischer Kinder“ sowie zu „von ausländischen Eltern oder einem ausländischen Elternteil geborenen Kindern“ ist die Geburtenstatistik¹⁹⁹ als eine der Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung, die vom Statistischen Bundesamt erstellt und veröffentlicht wird.

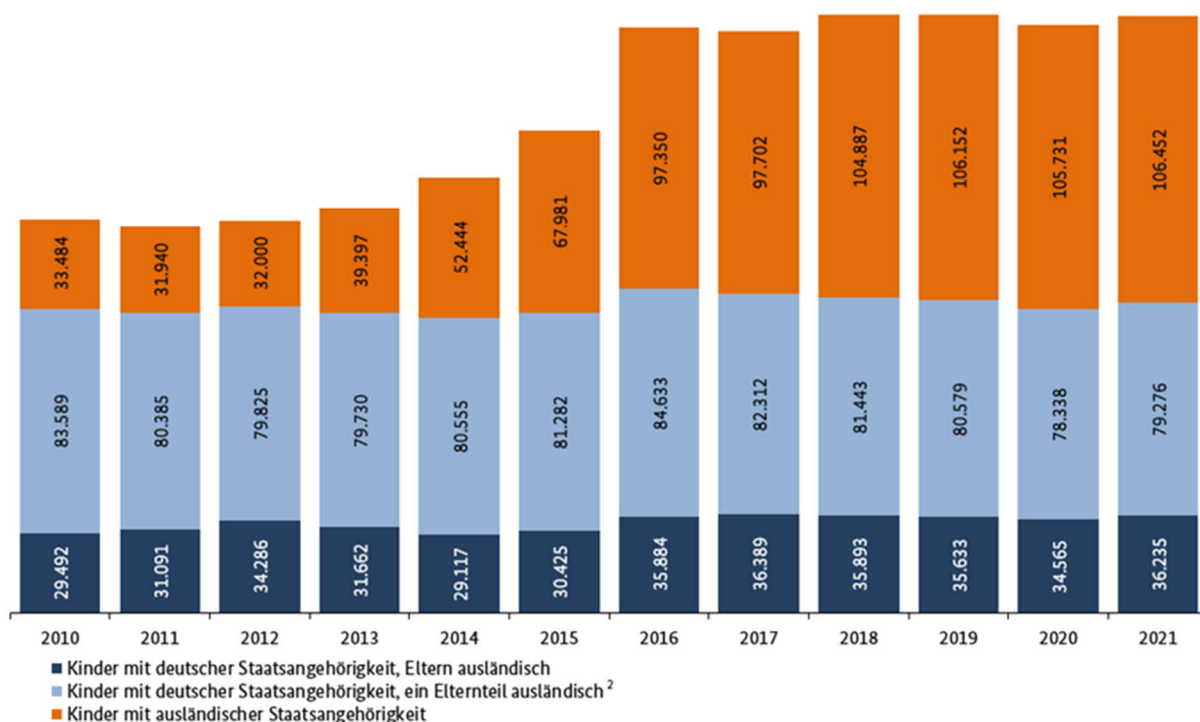
Von 1992 bis 1999 wurden jährlich etwa um die 100.000 Kinder mit (ausschließlich) ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland geboren. Dies entsprach jeweils einem Anteil von ca. 13 % aller in Deutschland geborenen Kinder. Nach der Einführung des ius-soli-Prinzips am 1. Januar 2000 durch § 4 Abs. 3 StAG, wodurch Kinder ausländischer Eltern unter den oben genannten Bedingungen neben der ausländischen automatisch auch die deutsche Staatsangehörigkeit mit der Geburt erhalten, hat sich die Zahl der in Deutschland geborenen Kinder mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit im Jahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr fast halbiert. Sie ist bis zum Jahr 2006 weiter gesunken, was allerdings nicht allein mit der Änderung des Staatsangehörigkeitsrechtes zusammenhängt, da auch die Geburtenzahlen insgesamt in dieser Periode sanken. In den Folgejahren wurde wieder ein Anstieg beobachtet. Im Jahr 2021 wurden 106.452 Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit geboren gegenüber 105.731 im Jahr 2020. Der Anteil der ausländischen Kinder im Jahr 2021 an allen in Deutschland geborenen Kindern betrug 13,4 % (2020: 13,7 %).

Die Zahl der von ausländischen Eltern geborenen Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit betrug im Jahr der Einführung (2000) der ius-soli-Regelung 41.257. In den folgenden Jahren gab es mehrfach Rückgänge und dann erneute Anstiege der Zahlen. Besonders deutliche Zunahmen in diesem Zeitraum waren 2005, 2012 und 2016 zu beobachten. Im Jahr 2021 wurden in Deutschland 36.235 Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren, die zwei ausländische Elternteile hatten, damit wurde ein Anstieg im Vergleich zum Vorjahr um 4,8 % registriert (2020: 34.565 Kinder). Insgesamt erhielten bis einschließlich 2021 rund 766.000 Kinder, die seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts von ausländischen Eltern in Deutschland geboren wurden, die deutsche Staatsangehörigkeit.

jungen Erwachsenen müssen ebenfalls erklären, ob sie die deutsche oder die ausländische Staatsangehörigkeit behalten wollen (§ 29 StAG). Vgl. hierzu Worbs 2014.

¹⁹⁹ Nachgewiesen werden hier die Lebendgeborenen.

Abbildung 8-9: Lebendgeborene mit ausländischer Staatsangehörigkeit bzw. mit ausländischer Staatsangehörigkeit mindestens eines Elternteils in Deutschland seit 2010¹



1) 2013, 2014 und 2015 sind aus verfahrenstechnischen Gründen Kinder ausländischer Eltern mit deutscher Staatsangehörigkeit unterzeichnet und damit Kinder ausländischer Staatsangehörigkeit überzeichnet.

2) Kinder einer unverheirateten deutschen Mutter und eines ausländischen Vaters sind in diesen Zahlen nicht enthalten. Im Jahr 2021 waren dies 14.342 Kinder.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Von den Ende 2021 in Deutschland lebenden 11.817.790 ausländischen Staatsangehörigen waren 13,2 % im Inland geboren (nach AZR). Insbesondere Staatsangehörige aus den ehemaligen Anwerbeländern weisen einen überdurchschnittlich hohen Anteil an bereits in Deutschland geborenen Personen auf. So waren zum Ende des Jahres 2021 26,4 % der türkischen, 24,0 % der italienischen und 20,2 % der im AZR registrierten griechischen Staatsangehörigen im Inland geboren (vgl. Tabelle 8-11 im Anhang). Dagegen lagen die Anteile bei Staatsangehörigen aus Drittstaaten wie der Ukraine (4,2 %), den Vereinigten Staaten (4,6 %), Indien (5,1 %) sowie dem Iran, China und der Russische Föderation (je 5,4 %), aber auch aus den EU-Staaten Ungarn (5,8 %) Polen (6,4 %), Rumänien (7,9 %) und Bulgarien (7,8 %) deutlich niedriger.

Von den ausländischen Staatsangehörigen unter 18 Jahren waren im Jahr 2021 von 1.823.130 Personen etwa zwei Fünftel (41,0 %) in Deutschland geboren. Von den unter 18-jährigen türkischen Staatsangehörigen waren es bereits 57,7 %. Auch bei eritreischen (71,1 %), vietnamesischen (66,3 %), chinesischen (55,4 %) und niederländischen (53,9 %) Staatsangehörigen war der Anteil von in Deutschland Geborenen überproportional hoch. Dagegen waren die entsprechenden Anteile beispielsweise bei Staatsangehörigen aus den Vereinigten Staaten (18,5 %), Afghanistan (29,3 %) und Albanien (30,0 %) deutlich geringer.

Die Entwicklung der Geburtenzahl hängt – neben der Anzahl der potenziellen Mütter – mit dem Geburtenverhalten der Frauen zusammen. Bei ausländischen Frauen kann man eine höhere Geburtenhäufigkeit als bei den deutschen Frauen beobachten. Die Geburtenziffer insgesamt stieg zuerst zwischen 2011 und 2016 deutlich von 1,39 auf 1,59 Kinder pro Frau und ging anschließend auf 1,53 Kinder pro Frau im Jahr 2020 zurück. Im Jahr 2021 betrug die Geburtenziffer 1,58 Kinder pro Frau. Sowohl die Steigerung als auch der Rückgang fielen dabei bei

Frauen mit ausländischer Staatsangehörigkeit stärker aus als bei Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Zwischen 2011 und 2016 nahm die Geburtenziffer der ausländischen Frauen von 1,82 auf 2,28 zu und sank dann bis 2020 auf 2,00 Kinder pro Frau. Im Jahr 2021 blieb die Geburtenziffer der ausländischen Frauen nahezu konstant bei 2,01 Kinder pro Frau. Bei Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit betrug die zusammengefasste Geburtenziffer im Jahr 2011 nur 1,34 Kinder pro Frau, stieg dann bis 2016 auf 1,46 und sank anschließend auf 1,43 Kinder pro Frau im Jahr 2020. Im Jahr 2021 stieg sie wieder auf 1,49 Kinder pro Frau an.²⁰⁰

Der insgesamt zu beobachtende Anstieg der Geburtenhäufigkeit in Deutschland im vergangenen Jahrzehnt war vor allem auf die Verjüngung und Zunahme der ausländischen weiblichen Bevölkerung in Deutschland zurückzuführen. Ebenso spielte die Zusammensetzung der Herkunftsländer und die dort vorfindbare Geburtenhäufigkeit eine Rolle. So war die Zuwanderung in den Jahren 2014 bis 2016 u. a. von weiblichen Schutzsuchenden aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus Afrika geprägt, wo es vergleichsweise hohe Geburtenziffern gibt.²⁰¹ Auch der Rückgang der Geburtenziffer bei ausländischen Frauen von 2,28 im Jahr 2016 auf 2,01 im Jahr 2021 hängt in erster Linie mit der sinkenden Geburtenhäufigkeit bei den Syrerinnen und Irakerinnen zusammen, also bei den Zuwanderinnen, die überwiegend als Schutzsuchende zwischen 2014 und 2016 nach Deutschland kamen. Außerdem nahm die Geburtenziffer auch bei anderen stark vertretenen Frauengruppen, zum Beispiel Polinnen und Türkinnen²⁰² ab.

8.3 Sterbefälle

Personen mit Migrationshintergrund inklusive der ausländischen Bevölkerung weisen eine deutlich jüngere Altersstruktur auf als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Infolgedessen werden bei der ausländischen Bevölkerung im Vergleich zum Anteil an der Gesamtbevölkerung nur relativ wenige Sterbefälle beobachtet (vgl. Tabelle 8-2). Allerdings ist die Zahl ausländischer Personen, die älter als 65 Jahre sind, zwischen 1990 und 2021 von rund 146.000 auf 1.093.820 (nach AZR) gestiegen. Damit hat sich der Anteil dieser Altersgruppe an allen ausländischen Personen von 2,6 % (1990) auf 9,3 % (2021) erhöht.

Auch für Personen mit Migrationshintergrund ist eine demografische Alterung gemäß Mikrozensus festzustellen. Die Zahl an Älteren (65 Jahre und älter) erhöhte sich von rund 1,2 Millionen im Jahr 2005 auf rund 2,4 Millionen Personen im Jahr 2021. Damit stieg ihr Anteil an allen Personen mit Migrationshintergrund von 7,8 % auf 10,6 %. Dieser Trend wird sich bei gegebener demografischer Entwicklung fortsetzen²⁰³, sodass verstärkt auch ältere Migrantinnen und Migranten von Erkrankungen und Pflegebedürftigkeit betroffen und als Nutzer des Gesundheits- und Pflegesystems zu berücksichtigen sind.²⁰⁴ Erkenntnisse zum Gesundheits- bzw. Krankheitszustand und zur Sterblichkeit dieser Bevölkerungsgruppe werden somit immer wichtiger.

Datenquelle zu Sterbefällen ausländischer Personen ist die Sterbefallstatistik als Bestandteil der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung, die vom Statistischen Bundesamt erstellt und veröffentlicht wird.²⁰⁵ Tabelle 8-2 zeigt, dass die absolute Zahl der Sterbefälle von Ausländerinnen und Ausländern seit 2010 kontinuierlich ansteigt. Ihr Anteil an allen Sterbefällen in Deutschland ist jedoch immer noch gering und lag 2021 mit 4,2 % deut-

²⁰⁰ Vgl. Statistisches Bundesamt 2022f (Pressemitteilung Nr. 326 vom 3. August 2022).

²⁰¹ Vgl. Pötzsch 2018: 75f.

²⁰² Vgl. Statistisches Bundesamt 2020b (Pressemitteilung Nr. 510 vom 16. Dezember 2020).

²⁰³ Vgl. Kohls 2012: 15.

²⁰⁴ Vgl. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2014: 268f. Gleichzeitig ist jedoch zu berücksichtigen, dass die gestiegene Erwerbsmigration der letzten Jahre zum Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung beiträgt, wovon die Sozialversicherungen durch höhere Beitragseinnahmen profitiert haben.

²⁰⁵ Zu weiteren Datenquellen und detaillierten Analysen des Geburtenverhaltens von Frauen mit Migrationshintergrund bzw. mit ausländischer Staatsangehörigkeit vgl. Kohls 2012: 101ff. sowie Schmid/Kohls 2011.

lich unter dem Bevölkerungsanteil (nach der Bevölkerungsfortschreibung) von 13,1 %. Auch im zweiten Pandemiejahr stieg die Anzahl der Sterbefälle in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 3,9 %. Der Anstieg war wie in den Vorjahren bei der ausländischen Bevölkerung (+15,9 %) deutlicher ausgeprägt als bei der Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit (+3,4 %) (vgl. Tabelle 8-2).

Tabelle 8-2: Sterbefälle deutscher und ausländischer Personen seit 2010

Jahr	Sterbefälle		Anteil ausländischer Sterbefälle an allen Sterbefällen	Anteil ausländischer Bevölkerung an gesamter Bevölkerung
	Deutsche	Ausländische Staatsangehörige		
2010	838.587	20.181	2,3%	8,8%
2011	831.955	20.373	2,4%	7,9%
2012	847.760	21.822	2,5%	8,3%
2013	870.330	23.495	2,6%	8,7%
2014	844.206	24.150	2,8%	9,3%
2015	898.083	27.117	2,9%	10,5%
2016	881.240	29.659	3,3%	11,2%
2017	901.514	30.749	3,3%	11,7%
2018	922.524	32.350	3,4%	12,2%
2019	905.649	33.871	3,6%	12,5%
2020	948.325	37.247	3,8%	12,7%
2021	980.516	43.171	4,2%	13,1%

Anmerkung: Umstellung der Bevölkerungszahlen auf neue Volkszählungs- bzw. Zensusergebnisse im Jahr 2011.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Der Vergleich mit internationalen Erkenntnissen zeigt, dass in Deutschland annähernd dieselben Entwicklungen und Muster der Sterblichkeit von weiblichen und männlichen Personen mit Migrationshintergrund festzustellen sind wie in charakteristischen Zuwanderungsländern.²⁰⁶ In Abhängigkeit von Alter, Herkunftsland, Aufenthaltsdauer, Aufenthaltsstatus und sozialer Lage sind vergleichsweise viele Konstellationen zu beobachten, in denen Zuwanderinnen und Zuwanderer niedrigere Sterblichkeitsrisiken als Deutsche aufweisen.

In Deutschland haben vor allem jüngere Zuwanderinnen und Zuwanderer mit geringer Aufenthaltszeit besonders niedrige Sterberisiken. So zeigen Zugewanderte aus weniger entwickelten Ländern vor allem in der Zeit kurz nach der Zuwanderung besonders niedrige Gesundheits- und Sterberisiken. Bei dieser Gruppe wirkt sich der „Healthy-Migrant-Effect“, d. h. die Tatsache, dass tendenziell eher gesündere Personen auswandern, erheblich aus. Im Inland geborene Nachkommen von Migrantinnen und Migranten weisen dagegen eher eine überdurchschnittliche Sterblichkeit auf.²⁰⁷

8.4 Einbürgerungen

Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit erfolgt in der Regel durch Geburt (siehe dazu Kapitel 8.2) oder durch Einbürgerung. Durch die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts am 1. Januar 2000²⁰⁸ wurden das Abstammungsprinzip durch das Geburtsortprinzip ergänzt sowie die notwendigen Aufenthaltszeiten für eine Einbürgerung verkürzt: Ausländerinnen und Ausländer haben nach 8 Jahren rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalts in Deutschland unter Erfüllung bestimmter Voraussetzungen einen Anspruch auf Einbürgerung (§ 10 Abs. 1 StAG).

²⁰⁶ Vgl. Kohls 2012: 185.

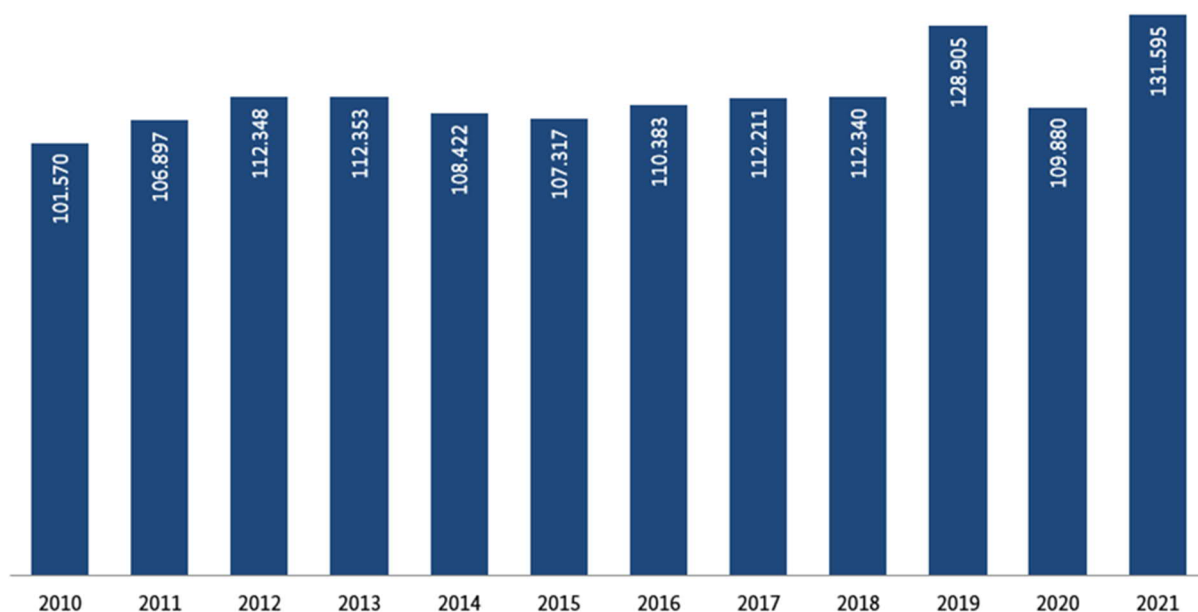
²⁰⁷ Vgl. Kohls 2012: 319 und Kohls 2015: 524.

²⁰⁸ Mit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes am 1. Januar 2005 wurden zudem die bislang im Ausländergesetz enthaltenen Regelungen zur Einbürgerung weiter modifiziert und in das Staatsangehörigkeitsgesetz überführt, das damit die zentrale Rechtsgrundlage für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit darstellt. Zu den rechtlichen Grundlagen der Einbürgerung vgl. ausführlich BMI/BAMF 2010, Kapitel 6.4 und BMI/BAMF 2014, Kapitel 8.1.

Ehepartnerinnen und Ehepartner sowie minderjährige Kinder können mit eingebürgert werden, auch wenn sie sich noch nicht seit 8 Jahren im Bundesgebiet aufhalten (§ 10 Abs. 2 StAG).

Bei erfolgreicher Teilnahme an einem Integrationskurs wird die Frist für eine Anspruchseinbürgerung auf 7 Jahre verkürzt (§ 10 Abs. 3 S. 1 StAG). Bei Vorliegen besonderer Integrationsleistungen, beispielsweise beim Nachweis von Sprachkenntnissen, die über das Niveau B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens hinausgehen, bei besonders guten schulischen, berufsqualifizierenden oder beruflichen Leistungen oder von bürgerschaftlichem Engagement kann die Frist auf bis zu 6 Jahre verkürzt werden (§ 10 Abs. 3 S. 2 StAG). Die statistischen Angaben zu den Einbürgerungen werden vom Statistischen Bundesamt jährlich in der Einbürgerungsstatistik veröffentlicht (§ 36 StAG).

Abbildung 8-10: Einbürgerungen in Deutschland seit 2010



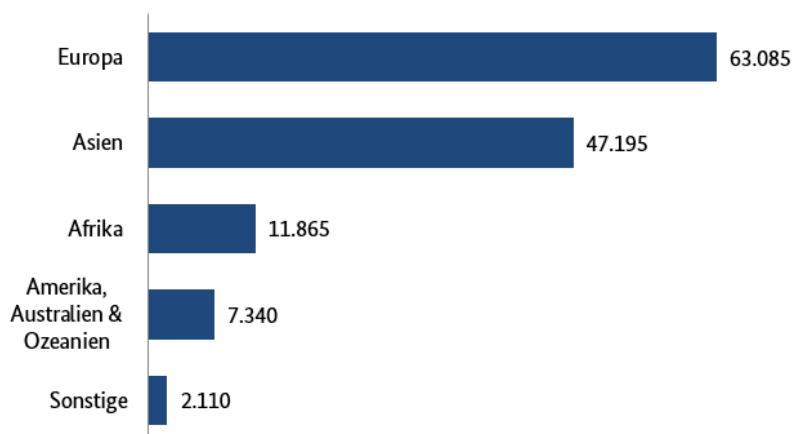
Quelle: Statistisches Bundesamt

Seit dem Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 haben knapp 2,7 Millionen Personen²⁰⁹ die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erworben. Nach einem leichten Anstieg zwischen 2010 und 2012 schwankte die Anzahl der Einbürgerungen bis 2018 um 112.000 jährlich. Im Jahr 2019 stieg sie auf 128.905 und damit auf den höchsten Stand seit 2003. Dieser Anstieg ist vor allem auf die erhöhte Anzahl an Einbürgerungen britischer Staatsangehöriger nach dem Brexit-Referendum (aber noch vor dem vollzogenen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU) zurückzuführen. Im Jahr 2021 wurden 131.595 Personen eingebürgert und damit 21.715 bzw. 19,8 % mehr als im Jahr zuvor (vgl. Abbildung 8-10 und Tabelle 8-12 im Anhang). Der deutliche Rückgang der Einbürgerungszahlen im Jahr 2020 musste vor allem im Kontext der COVID-19-Pandemie betrachtet werden²¹⁰. Der jetzige Anstieg lässt nun Nachholeffekte vermuten; zudem ist es 2021 zu einem sehr deutlichen Anstieg bei den Einbürgerungen syrischer Staatsangehöriger gekommen, von denen viele erstmals die Mindestaufenthaltsdauer von 6 Jahren für einen eigenständigen Einbürgerungsantrag erreichten (siehe dazu im Folgenden).

²⁰⁹ Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern wird seit 1999 durch die Erteilung der Spätaussiedlerbescheinigung automatisch und ohne Einbürgerungsverfahren die deutsche Staatsangehörigkeit verliehen, sobald sie ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik einnehmen. Daher ist der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch diese Personengruppe nicht in der Einbürgerungsstatistik enthalten.

²¹⁰ Vgl. Statistisches Bundesamt 2021b: 6.

Abbildung 8-11: Einbürgerungen nach bisheriger Staatsangehörigkeit (Kontinente) im Jahr 2021¹



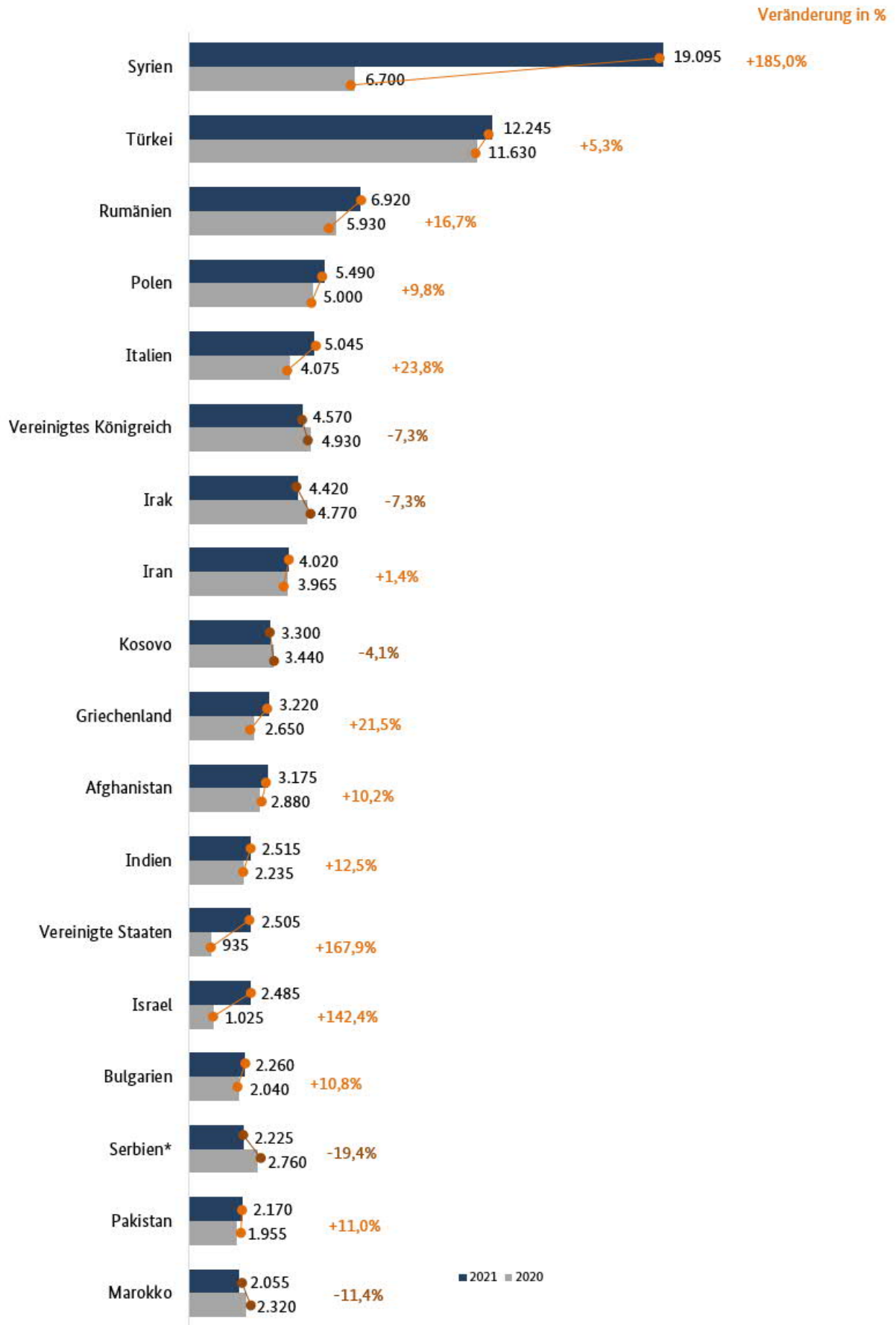
1) Abweichungen zu den Gesamtsummen nach Staatsangehörigkeiten sind durch die vom Statistischen Bundesamt angewandte Fünfferrundung bedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Mit einem Anteil von 47,9 % hatte fast die Hälfte der eingebürgerten Personen bisher die Staatsangehörigkeit eines europäischen Staates (63.085), wovon 33.315 ursprünglich aus EU-Ländern stammen. Die nächstgrößere Gruppe sind eingebürgerte Personen aus Asien (vgl. Abbildung 8-11). Die Abbildung 8-12 geht noch genauer auf einzelne Länder ein, insbesondere auf die 18 Länder mit mehr als 2.000 eingebürgerten Personen im Jahr 2021. Die größte Gruppe sind Eingebürgerte, die zuvor die syrische Staatsangehörigkeit innehatten. Mit 19.095 Einbürgerungen stieg die Anzahl im Vergleich zum Vorjahr um 185,0 % (2020: 6.700). Ein besonders hoher Anteil von 28,1 % der eingebürgerten syrischen Staatsangehörigen wurde nach § 10 Abs. 3 S. 2 StAG mit Vorliegen von besonderen Integrationsleistungen eingebürgert, was bereits nach 6 Jahren Aufenthaltsdauer möglich ist, während insgesamt nur 9,4 % aller Einbürgerungen im Jahr 2021 auf dieser Grundlage durchgeführt wurden. Dieser hohe Anteil schlägt sich auch in der relativ niedrigen durchschnittlichen Aufenthaltsdauer bis zur Einbürgerung bei den eingebürgerten syrischen Staatsangehörigen nieder (6,5 Jahre).

Ansonsten dominieren europäische Länder: 12.245 der eingebürgerten Personen besaßen zuvor die türkische Staatsangehörigkeit, 6.920 Personen hatten vormals die rumänische und 5.490 die polnische Staatsangehörigkeit. Neben den europäischen sind außerdem viele weitere asiatische Herkunftsländer vertreten. Wichtige asiatische Staatsangehörigkeiten eingebürgerter Personen sind 4.420 eingebürgerte Personen mit zuvor irakischer und 4.020 mit iranischer Staatsangehörigkeit. Die Vereinigten Staaten (2.505 Einbürgerungen) sind das einzige amerikanische Land, das in der Gruppe der Länder mit mehr als 2.000 Einbürgerungen vertreten ist, und Marokko ist das einzige afrikanische Land (2.055 Einbürgerungen).

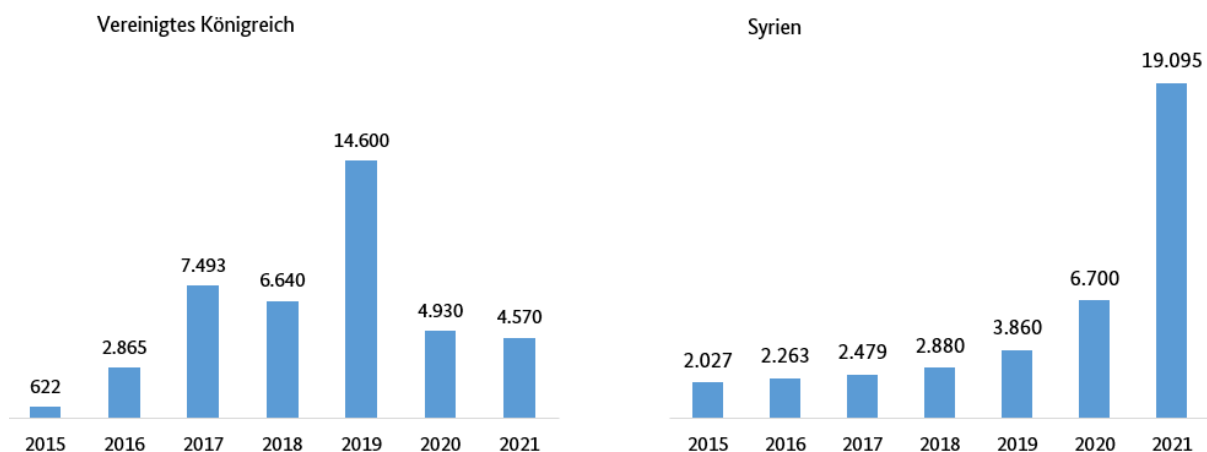
Abbildung 8-12: Eingebürgerte Personen nach bisheriger Staatsangehörigkeit im Jahr 2021 und prozentuale Veränderungen zum Vorjahr



*Serbien ohne Kosovo.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Abbildung 8-13: Eingebürgerte Personen mit britischer und syrischer Staatsangehörigkeit seit 2015¹



1) Abweichungen zu den zuvor berichteten Gesamtsummen pro Staatsangehörigkeit sind durch die vom Statistischen Bundesamt angewandte Fünferferrundung bedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt

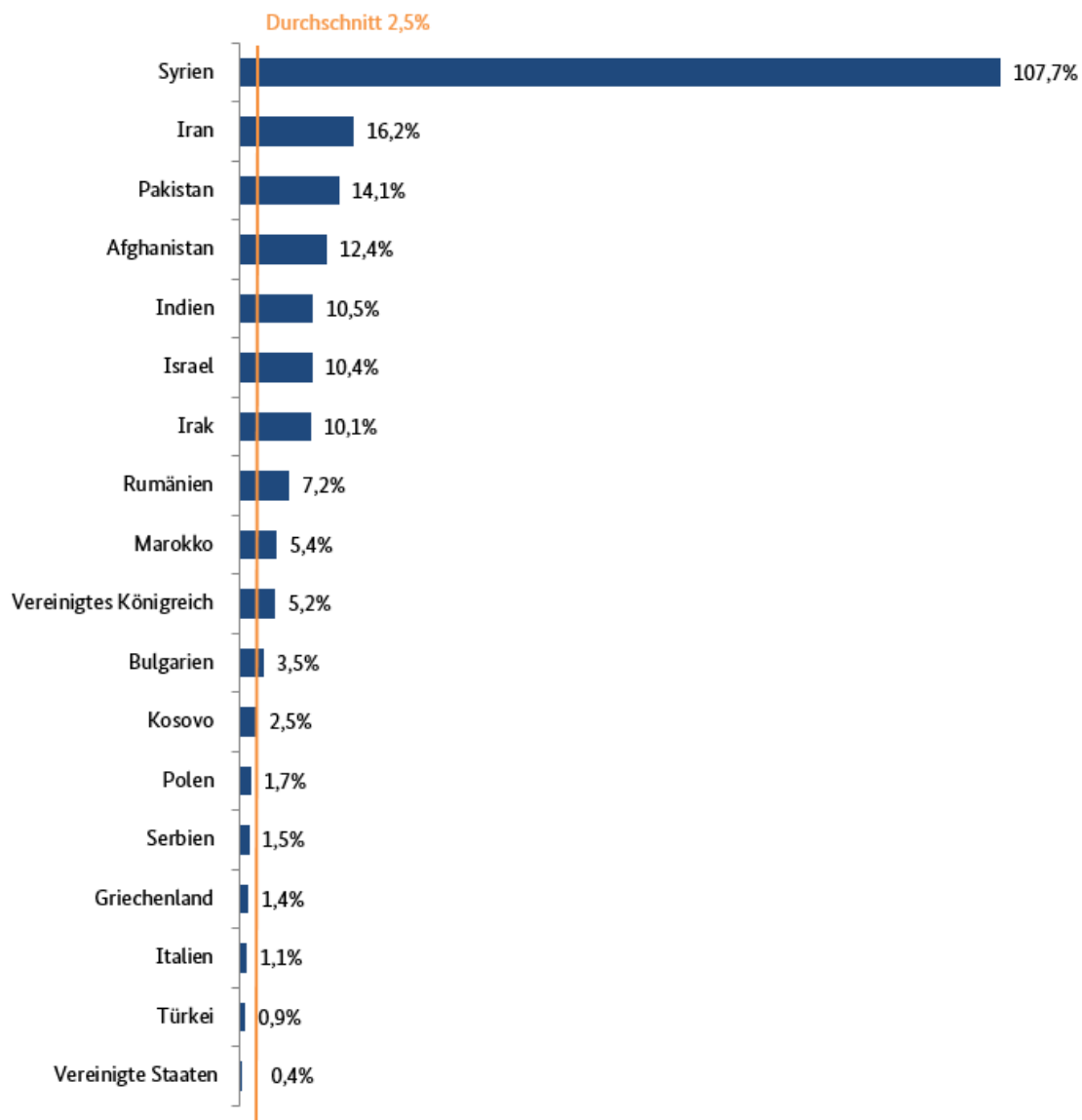
Insgesamt ist für viele Herkunftsländer die Anzahl der Einbürgerungen im Jahr 2021 gestiegen, einen besonders hohen Anstieg verzeichneten neben Syrien (+185,0 %) auch die Vereinigten Staaten (+167,9 %) sowie Israel (+142,4 %). Andererseits ist die Anzahl an Einbürgerungen in wenigen Fällen im Jahr 2021 gesunken, z. B. für Serbien (-19,4 %), Marokko (-11,4 %) und Irak (-7,3 %). Ebenso um 7,3 % ging die Anzahl der Einbürgerungen von Staatsangehörigen des Vereinigten Königreichs zurück. Britische Staatsangehörige, die bis spätestens vor Ende des Übergangszeitraums 2020 einen Antrag auf deutsche Staatsangehörigkeit gestellt und zu diesem Zeitpunkt alle Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllt hatten, durften nach § 3 Brexit-Übergangsgesetz (BrexitÜG) nach der Einbürgerung die britische Staatsbürgerschaft behalten, wie es auch sonst bei EU-Staatsangehörigen der Fall ist. Von dieser Möglichkeit haben viele in Deutschland lebende Britinnen und Briten bereits in den Jahren zuvor Gebrauch gemacht. Hier scheint es die Trendumkehr mit dem vollzogenen Brexit seit dem Jahr 2020 gegeben zu haben, die sich 2021 weiter fortsetzte (vgl. Abbildung 8-13).

Die Einbürgerungszahlen lassen für sich genommen allerdings keine Aussagen über das Interesse an der deutschen Staatsangehörigkeit zu. Dafür eignet sich das ausgeschöpfte Einbürgerungspotenzial besser, denn es bezieht die Zahl der Einbürgerungen auf die Zahl der ausländischen Personen, die zu Beginn des jeweiligen Berichtsjahres mindestens seit 10 Jahren in Deutschland lebten.²¹¹ 2021 betrug das ausgeschöpfte Einbürgerungspotenzial rund 2,5 % und ist somit im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 % gestiegen. Die Abbildung 8-14 zeigt diese Kennzahl für Länder mit mehr als 2.000 Einbürgerungen im Jahr 2021. Staatsangehörige der EU wiesen meist unterdurchschnittliche Werte auf, z. B. Polen (1,7 %), Griechenland (1,4 %) und Italien (1,1 %). Der höchste Wert lag für Syrien mit 107,7 %²¹² vor und hat sich im Vergleich zu Vorjahr um 69,3 Prozentpunkte erhöht. Dieser sehr hohe Wert ergibt sich aus der Kombination von der großen Anzahl an zugewanderten Personen innerhalb der letzten 10 Jahre, insbesondere seit 2015, und der bereits vollzogenen Einbürgerung dieser Personen nach 6 Jahren auf Grund von besonderen Integrationsleistungen. Die weiteren höchsten Werte des ausgeschöpften Einbürgerungspotenzials ergaben sich für die außereuropäischen Staaten Iran (16,2 %), Pakistan (14,1 %), Afghanistan (12,4 %) und Indien (10,5 %), die bis auf Indien auch Hauptherkunftsländer von Schutzsuchenden in Deutschland während der letzten Jahre waren.

²¹¹ Nach 8 Jahren rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalts in Deutschland besteht unter Erfüllung bestimmter Voraussetzungen ein Anspruch auf Einbürgerung (§ 10 Abs. 1 StAG). Das Statistische Bundesamt legt bei seiner Berechnung des ausgeschöpften Einbürgerungspotenzials eine zehnjährige Aufenthaltszeit zugrunde.

²¹² Dieser Wert errechnet sich aus dem Verhältnis zwischen den 19.095 Einbürgerungen syrischer Staatsangehöriger im Jahr 2021 und der Anzahl der syrischen Bevölkerung, die im Jahr 2020 mindestens eine Aufenthaltsdauer von 10 Jahren aufwies (17.735).

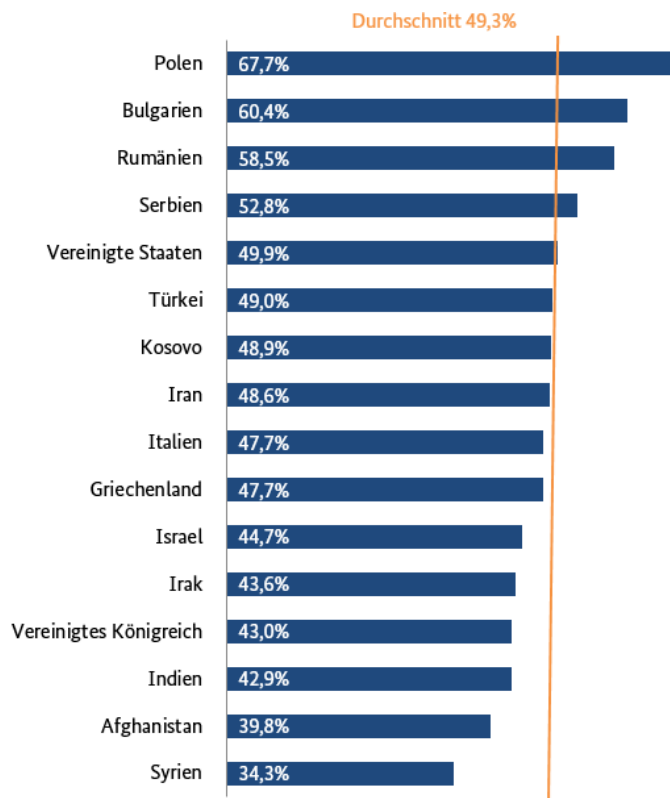
Abbildung 8-14: Ausgeschöpftes Einbürgerungspotenzial im Jahr 2021



Quelle: Statistisches Bundesamt

49,3 % der eingebürgerten Personen im Jahr 2021 waren weiblich (2020: 51,9 %). Trotz des fast ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses bei den Eingebürgerten zeigen sich bei Betrachtung einzelner Herkunftsländer zum Teil deutliche Unterschiede, ähnlich wie es bei der Struktur der ausländischen Staatsangehörigen der Fall ist (vgl. Kapitel 8.1.1). So weisen etwa Eingebürgerte aus mittel- und osteuropäischen Staaten einen deutlich überproportionalen weiblichen Anteil auf, wie bei Polen (67,7 %) und Bulgarien (60,4 %). Dagegen betrug der Anteil von weiblichen Personen bei Eingebürgerten aus Indien nur 42,9 %, aus Afghanistan 39,8 % und aus Syrien 34,3 % (vgl. Abbildung 8-15).

Abbildung 8-15: Anteil an weiblichen Eingebürgerten im Jahr 2021



Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 8-3: Einbürgerungen im Jahr 2021 mit fortbestehender bisheriger Staatsangehörigkeit

	Einbürgerungen insgesamt	darunter: mit fortbestehender bisheriger Staatsangehörigkeit	
		absolut	in %
Insgesamt	131.595	90.740	69,0%
Männlich	66.675	47.030	70,5%
Weiblich	64.920	43.710	67,3%
Europa	63.085	40.735	64,6%
Darunter: EU-Staaten	33.315	32.935	98,9%
Afrika	11.865	6.455	54,4%
Amerika	7.210	6.235	86,5%
Asien	47.195	37.205	78,8%
Australien und Ozeanien	130	115	88,5%
Sonstige Ausprägungen	2.110	-	-
Syrien	19.095	19.095	100,0%
Türkei	12.245	1.140	9,3%
Rumänien	6.920	6.920	100,0%
Polen	5.490	5.490	100,0%
Italien	5.045	4.990	98,9%
Vereinigtes Königreich	4.570	4.550	99,6%
Irak	4.420	4.185	94,7%
Iran	4.020	4.015	99,9%
Kosovo	3.300	260	7,9%
Griechenland	3.220	3.215	99,8%
Afghanistan	3.175	3170	99,8%
Indien	2.515	95	3,8%
Vereinigte Staaten	2.505	2.485	99,2%
Israel	2.485	2470	99,4%
Bulgarien	2.260	2255	99,8%
Serbien	2.225	585	26,3%
Pakistan	2.170	665	30,6%
Marokko	2.055	2050	99,8%

-) Keine Angabe.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht gilt zwar der Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit. Allerdings gilt dieser Grundsatz nicht uneingeschränkt, sondern lässt bei der Einbürgerung sachlich begründete Ausnahmen zu (siehe auch § 12 StAG).²¹³ Im Jahr 2021 erfolgten 69,0 % aller Einbürgerungen unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit (2020: 63,2 %) (vgl. Tabelle 8-3). Die hohe Mehrstaaterquote basiert neben der Tatsache, dass die nunmehr mit Abstand größte Gruppe von Eingebürgerten die syrische Staatsangehörigkeit behalten hat, zu einem beachtlichen Teil auf der Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei Einbürgerungen von Staatsangehörigen aus EU-Mitgliedstaaten und der Schweiz. 2021 kamen 36,8 % der mit fortbestehender bisheriger Staatsangehörigkeit Eingebürgerten aus einem EU-Mitgliedstaat oder der Schweiz.

Staatsangehörige von EU-Mitgliedstaaten und der Schweiz müssen gemäß § 12 Abs. 2 StAG bei der Einbürgerung ihre bisherige Staatsangehörigkeit nicht aufgeben. Diese Ausnahme vom Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit hat der Gesetzgeber mit Blick auf die weitgehende Inländergleichbehandlung der EU-Staatsangehörigen, das Ziel der europäischen Integration und auch vor dem Hintergrund einer gemeinsamen Unionsbürgerschaft eingeführt. Unter den Herkunftsstaaten mit den meisten Einbürgerungen unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit befinden sich mit Rumänien (6.920), Polen (5.490), dem Vereinigten Königreich (4.550) und Italien (4.990) viele (ehemalige) EU-Staaten.

Von der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit bei der Einbürgerung wird auch abgesehen, wenn Personen ihre bisherige Staatsangehörigkeit nicht oder nur unter besonders schwierigen Bedingungen aufgeben können (§ 12 Abs. 1 StAG). Dies ist beispielsweise der Fall, wenn das Recht des Herkunftsstaates die Aufgabe der Staatsangehörigkeit nicht vorsieht bzw. die Entlassung regelmäßig verweigert. So ermöglichen Afghanistan, Algerien, Angola, Eritrea, Iran, Kuba, Libanon, Malediven, Marokko, Nigeria, Syrien, Thailand und Tunesien in der Regel faktisch kein Ausscheiden aus ihrer Staatsangehörigkeit. Daher besteht bei mehr als 99 % der Eingebürgerten aus diesen Ländern die bisherige Staatsangehörigkeit fort. Die hierdurch bedingte Hinnahme von Mehrstaatigkeit ist also im ausländischen Recht bzw. in der dortigen Rechtspraxis begründet.

²¹³ Vgl. Worbs 2017.